beauftragt der sozialdemokratische Parteitag die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, bei den bevorstehenden Beratungen über den Entwurf eines neuen Bürgerlichen Gesetzbuches mit aller Energie einzutreten für die Rechte der unverheirateten Frauen als Mütter, sowie für die Rechte ihrer Kinder.

Zur Begründung dieser Anträge führte Clara Zetkin aus*):

Wie in politischer, so wird auch in privatrechtlicher Beziehung die Frau als unmündig betrachtet. Die bürgerlichen Frauen haben keine Erklärung hierfür, wohl aber die Sozialisten, die auf dem Boden der materialistischen Geschichtsauffassung stehen. Sie betrachten die Rechtsbestimmungen nicht etwa als etwas Abstraktes, das als Geist über den Wassern schwebt. Millionen von Frauen sind heute wirtschaftlich nicht mehr abhängig von der Familie und vom Manne, rechtlich aber sind sie abhängig. Das ist ein Anachronismus, der von dem Entwurf des neuen Bürgerlichen Gesetzbuches nicht beseitigt ist. Zwei Jahrzehnte lang hat die Kommission an dem Entwurf gearbeitet, aber es hieß: Trauben von den Dornen und Feigen von den Disteln ernten wollen, wenn man von ihr eine freiheitliche und fortschrittliche Regelung des Rechtswesens im verpreußten Deutschland erwartete, im verpreußten Deutschland, das heißt in einem kapitalistischen Staat, der durch Militarismus und Bürokratie verbösert ist.

Auch das neue Bürgerliche Gesetzbuch trägt den veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen keine Rechnung. Die Eheschließung, die Ehescheidung, die Stellung der Frau im Güterrecht, die rechtliche Stellung der Mutter zu ihren Kindern, alle die Bestimmungen darüber sind zugeschnitten nach dem Grundsatz: Und er soll Dein Herr sein! Dieser Standpunkt verträgt sich nicht mehr mit unseren heutigen wirtschaftlichen Zuständen, in denen Hunderttausende von Frauen ihr eigenes Brot essen. Was die Ausdehnung der Frauenarbeit betrifft, so will ich nur an die Tatsache erinnern, die ich den Berichten der Fabrikinspektoren für 1893 entnehme. Hiernach hat sich die Zahl der in der Großindustrie beschäftigten erwachsenen Frauen um 40 187 vermehrt. Tausende von Frauen sind außerdem in der Hausindustrie, im Kleingewerbe, im Handel tätig. Die Loslösung der Frau von der Familie vollzieht sich in immer größerem Umfange, und deshalb muß die Frau in privatrechtlicher Beziehung von der Vormundschaft des Mannes losgelöst werden. Eine Reihe von Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches, die sich auf die Stellung der Frau im Güterrecht beziehen, sind für die Proletarierin praktisch von geringer Bedeutung, weil sie nichts besitzt. Daher ist denn auch beim Proletariat die Gefahr für die Frau nicht so groß, daß der

*) Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, abgehalten zu Breslau vom 6. bis 12. Oktober 1895. Verlag der Expedition des „Vorwärts“, Berlin 1895, S. 89/90.

Mann ihr Hunderte und Tausende verhammersteinem kann. Bei dem Proletariat besteht eine andere Gefahr, die Gefahr, daß das Elend den Mann dem Schnaps-teufel überliefert, und darunter hat die Frau zu leiden. Deshalb müssen wir auch bei der rechtlichen Regelung der Besitzverhältnisse für die Proletarierfrau eintreten.

Die Gleichberechtigung der Geschlechter ist nicht eine spezifisch sozialdemokratische Forderung, sondern nur eine Konsequenz des bürgerlichen Liberalismus, der sich aus Furcht vor dem klassenbewußten Proletariat in Deutschland ganz besonders reaktionär gegenüber der sogenannten Frauenfrage verhält. Während in anderen Ländern Vertreter der verschiedensten Parteien für die Gleichberechtigung der Geschlechter eintreten, ist in Deutschland diese von unserer feigen Bourgeoisie nicht gelöste Aufgabe ebenfalls dem Proletariat zugefallen. Dazu werden wir schon aus eigenem Interesse getrieben, denn die Gleichstellung der Frau auf privatrechtlichem Gebiet ist der erste Schritt zur Gleichstellung auf öffentlichem Gebiete. Sind erst die Fesseln in dieser Hinsicht gelöst, so ist die politische Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts nur noch eine Frage der Zeit. Dann wird die Frau widerstandsfähiger sein im Kampfe gegen kapitalistische Raubgier, die Kampftüchtigkeit der Arbeiterin wird erhöht.

Was den zweiten Antrag betrifft, so kommt auch in der Stellung der unehelichen Kinder sehr deutlich der Charakter der Klassengesetzgebung zum Ausdruck. In der Bestimmung, daß die Unterhaltspflicht nach den Vermögensverhältnissen der Mutter und nicht nach denen des Vaters geregelt wird, haben wir eine Begünstigung der reichen Wüstlinge, die gelegentlich geruhen, zum Volke herunterzusteigen, wenn das Volk rote Wangen, hübsche Augen hat und schön gewachsen ist. Darunter leiden daher am meisten die Töchter des Proletariats, nicht etwa, weil sie die Geliebten der Männer geworden sind, sondern weil sie sich den Unterdrückern und Verführern haben preisgeben müssen. Wie viel Elend entsteht aus diesen Verhältnissen! Man braucht nur an die vielen Kindesmorde zu denken. Denken Sie ferner an die hohe Sterblichkeit der außer-ehelichen Kinder, an die Engelmacherei usw. Wie sehr unter diesen Zuständen gerade die Proletarierfrau leidet, zeigt unter anderem die Tatsache, daß oft die sogenannten gefallenen Dienstmädchen, an denen meist der Herr oder der Sohn des Hauses das Recht der ersten Nacht geübt hat, in das Lumpenproletariat gestürzt und der Prostitution überliefert werden.

Wenn es auch selbstverständlich ist, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion bei der Beratung des Bürgerlichen Gesetzbuches in dem Sinne für unsere Anträge eintritt, so ist es doch ein Unterschied, ob sie dies aus eigener Initiative tut oder infolge des ausdrücklichen Willens der stärksten Partei des Deutschen Reiches. Nehmen Sie also, schon um der Reichstagsfraktion den nötigen Nachdruck zu verleihen, beide Anträge an.

Für eine bessere Unterstützung der Frauen in der Justiz

Am 1. März 1955 fand eine vom Minister der Justiz, Frau Dr. Hilde Benjamin, einberufene Tagung aller Richterinnen und Frauen, die wichtige Funktionen in der Justiz innehaben, statt. An ihr nahmen ferner Vertreterinnen der Staatsanwaltschaft, Juristinnen in anderen Staatsfunktionen und eine Vertreterin des DFD teil. Die ihrer Form und ihrem Inhalt nach erstmalige Zusammenkunft aller in der Justiz in verantwortlicher Stellung arbeitenden Frauen war ein würdiger Auftakt zu der am selben Tage begonnenen Woche des Kampfes für Einheit und Frieden und dem sich daran anschließenden Internationalen Frauentag 1955, dem Kampftag aller friedliebenden Frauen der Welt.

Manche hatten in der Zeit der Vorbereitung skeptisch gefragt, was denn eine solche Tagung bezwecken solle. Eindeutig erklärte Minister Dr. Benjamin, daß es nicht darum gehe, irgendwelche frauenbeweglerischen Tendenzen zu entwickeln. Es gehe vielmehr um die große Aufgabe der ständigen Verbesserung der Arbeit unserer Justiz, die nur dann erfolgreich gelöst werden

könne, wenn allen Richtern die größten Möglichkeiten für ihre Entwicklung gegeben und alle Hemmnisse beiseite geräumt werden.

Es gab wohl keine Teilnehmerin an der Tagung, die sich, rückblickend auf die vergangenen nahezu zehn Jahre der Entwicklung unserer demokratischen Justiz, des überwältigenden Eindrucks und auch eines Gefühls des Stolzes erwehren konnte, wie groß die Anzahl der Frauen geworden ist, die als Richter oder in anderen verantwortlichen Funktionen in der Justiz tätig sind, und die den großen Saal im Haus der Ministerien in Berlin füllten. DJCS kam auch in dem Referat des Ministers der Justiz über „Stellung und Aufgaben der Richterin in der Deutschen Demokratischen Republik“ zum Ausdruck, in dem der Minister darauf hinweist, daß die Juristinnen auf diese ihre Entwicklung, die sie unter Überwindung großer Schwierigkeiten und Anfechtungen genommen haben, stolz sein können.

In Würdigung der Tatsache, daß die Frauen, die den Entschluß faßten, Richter und Staatsanwälte zu werden, diesen Schritt bewußt als politische Menschen